INSM

Initiative
Neue Soziale
Marktwirtschaft

INSM
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH
Georgenstraße 22
D- 10117 Berlin

Carl-Victor Wachs
Leiter Kommunikation
Pressesprecher

wachs@insm.de
M +49 176 61649030

insm.de

Berlin, 02.11.2026

Pressemitteilung

INSM-Studie: Sozialbeiträge steigen bis 2035 auf knapp 49 Prozent, geplante Reformen bremsen kaum / Gesamtbeitragssatz schon 2028 bei 45,4 Prozent

Der Gesamtbeitragssatz zur Sozialversicherung steigt bis 2035 von heute 42,8 auf 48,8 Prozent, wenn die Politik nicht mit weiteren Strukturreformen gegensteuert. Schon 2028 sind es 45,4 Prozent. Die geplanten Reformen in Rente, Gesundheit und Pflege ändern daran wenig. Dies ergibt eine neue Studie des IGES-Instituts im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), die heute in Berlin veröffentlicht wird. Die einst politisch angestrebte Obergrenze von 40 Prozent rückt damit in weite Ferne.

INSM-Geschäftsführer Thorsten Alsleben erklärt: „Die neue Prognose für die Sozialbeiträge ist ein Alarmsignal. Wenn sich die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge 2035 zusammen auf nahezu die Hälfte des beitragspflichtigen Bruttolohns summieren, wird Arbeit in Deutschland noch teurer, und netto bleibt noch weniger übrig." Das, so Alsleben, würde Deutschland als Investitionsstandort noch unattraktiver machen und koste Arbeitsplätze. „Die Koalition muss jetzt schnell handeln und nicht nur den dramatischen Beitragsanstieg stoppen, sondern für sinkende Sozialabgaben sorgen." Die bisher geplanten Reformen dämpften den Trend aus Sicht Alslebens nur, drehten ihn aber nicht. „Wir brauchen jetzt echte Strukturreformen: ein Renteneintrittsalter, das mit der Lebenserwartung steigt, mehr Kapitaldeckung, finanziert durch Einsparungen im Umlagesystem statt durch immer höhere Beiträge, und mehr Eigenverantwortung in Gesundheit und Pflege. Die 40 Prozent müssen wieder das Ziel sein."

Rente und Arbeitslosenversicherung treiben die Beiträge

Den größten Anstieg verzeichnet die Rentenversicherung: Ihr Beitragssatz klettert laut Studie von 18,6 auf 20,9 Prozent, vor allem wegen der demografischen Entwicklung und der ausgeschöpften Nachhaltigkeitsrücklage. Spätestens 2028 ist ein Sprung auf knapp 20 Prozent fällig. Den stärksten relativen Anstieg verzeichnet

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie finanziert.

der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung: von 2,6 auf 4,4 Prozent, ein Plus von 67 Prozent. Die Bundesagentur für Arbeit erwartet für 2026 ein Defizit von knapp 9 Milliarden Euro, der Schuldenstand steigt damit auf rund 10 Milliarden Euro bis Jahresende.

Gesundheit und Pflege: Entlastung nur auf Zeit

In der Krankenversicherung dämpft das Beitragssatzstabilisierungsgesetz den Anstieg vorerst. Bis 2035 steigt der Beitragssatz dennoch von 17,7 auf 18,8 Prozent, weil sich die Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen in den 2030er-Jahren voraussichtlich wieder öffnet. Die Studienautoren Dr. Martin Albrecht und Dr. Richard Ochmann sehen zudem Risiken: Wachsen die Ausgaben 2027 so stark wie zuletzt, bleibt trotz des Gesetzes eine Lücke von 3,2 Milliarden Euro. Die Änderungen, die der Bundestag am 15. Oktober beschlossen hat, könnten die Einsparungen allein 2027 um knapp 500 Millionen Euro schmälern.

Die Pflegeversicherung ist schon in diesem Jahr auf zwei Bundesdarlehen über 3,2 und 0,7 Milliarden Euro angewiesen. Ohne Reform steigt ihr Beitragssatz bis 2035 von 3,9 auf 4,8 Prozent, weil die Zahl der Pflegebedürftigen von 5,9 Millionen (2025) auf 8,3 Millionen (2035) wächst und die Pflege teurer wird. Das geplante Pflegeneuordnungsgesetz deckt den Finanzbedarf laut Studie bereits 2027 nicht vollständig: Es bleibt eine Lücke von rund 1,3 Milliarden Euro.

Auch mit Reformen weit über 40 Prozent

Setzt die Koalition ihre Vorhaben in Gesundheit und Pflege um und reformiert die Rente nach den Empfehlungen der Alterssicherungskommission, aber ohne Kapitalrente, liegt der Gesamtbeitragssatz 2035 bei 47,5 Prozent. Das sind nur 1,3 Prozentpunkte weniger als nach geltendem Recht. Kommt die empfohlene Kapitalrente hinzu, die ab 2028 schrittweise über vier Jahre zwei weitere Punkte Rentenbeitrag kostet, erreicht der Gesamtbeitragssatz sogar 49,3 Prozent. Eine spürbare Entlastung durch den Kapitalstock setzt voraussichtlich erst nach 2035 ein.

Die Studie untersucht drei Varianten der beitragsrelevanten Rahmenbedingungen. Soweit nicht anders angegeben, beziehen sich die genannten Werte auf die mittlere Variante. Bei ungünstiger Entwicklung droht 2035 ein Gesamtbeitragssatz von knapp 52 Prozent, bei günstiger liegt er ohne weitere Reformen bei 46,6 Prozent.

Anmerkung: Den Berechnungen liegen die ungerundeten Prozentsätze zugrunde. Dadurch können sich gegenüber den gerundet dargestellten Prozentwerten rechnerische Abweichungen ergeben.

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie finanziert.